

Die Lösungskompetenz der Parteien ist überfordert

Zauberformel für die Familie

Karl-Heinz B. van Lier

Die zukunftsrelevanten Indikatoren für die Entwicklung Deutschlands sind wenig verheißungsvoll. Deutschlands Wirtschaft lahmt längst nicht nur konjunktur-, sondern auch strukturbedingt, sein Bildungssystem verwaltet den Notstand, und der Abwärtstrend bei den Geburtenzahlen wird uns in wenigen Jahren eine vergreiste, innovationsfeindliche Gesellschaft präsentieren, weil der Staat und die dazugehörige individualistisch orientierte Gesellschaft der Ehe und der Familie materiell wie ideell die Luft und die Lust zum Leben entzogen haben. Das Ergebnis: Seit mehr als dreißig Jahren sinkt die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder – heute beträgt sie 1,3 Kinder pro Frau, das entspricht beinahe der Halbierung der Geburtenzahl von 1960, mit der Folge, dass wir 2050 einen Bevölkerungsschwund von bis zu dreißig Millionen verkraften müssen. Und das Ende des Abwärtstrends ist nicht erkennbar. Die Zahlen, die den Substanzverlust der Familie in Deutschland belegen, und die entsprechenden Auswirkungen sind längst bekannt.

Versagen der Politik

Doch die Politik hat nicht nur ein Umsetzungs-, sondern ein gravierendes Erkenntnisproblem, das in der 68er-Bewegung durch die Ablehnung der Familie als patriarchalisches System seinen Ursprung fand. Seither ist sie als Steinbruch für Gesellschaftsreformen aller Art benutzt und ihres inneren Kraftzentrums, das Gemeinsinn, Geborgenheit und Kon-

tinuität stiftet, sukzessive beraubt worden. Die staatlich geförderte Explosion der individuellen Selbstverwirklichungsansprüche hat längst zur Implosion eben dieses Kraftfeldes geführt.

Im Zuge dieser Befreiungs- und Selbstentfaltungsideologie übertrumpfen sich die Parteien bis heute in ihren Forderungen, die tatsächlich überfällige Emanzipation der Frau voranzutreiben. Doch diese fand – und dies ist der eigentlich traurige Befund – immer weniger in der Familie als außerhalb beziehungsweise gegen die Familie statt. Da die Emanzipation der Frau auf ihrer materiellen Unabhängigkeit fußt, gehört die uneingeschränkte Erwerbsarbeit zum Credo dieser Idee, ja, sie ist zum Maßstab des Grades der Emanzipation geworden. Die Konsequenz: Immer mehr Frauen verstehen sich nicht mehr genuin als Mütter, sondern definieren sich mehr denn je über Beruf, Karriere und kinderfernem Lifestyle.

Diese Gruppe stellt inzwischen ein Drittel der gebärfähigen Frauen dar; bei den akademisch gebildeten Frauen steigt der Prozentsatz auf 41 Prozent. Erhärtet wird diese Feststellung durch eine NFO-Infratest-Umfrage, bei der nur 25 Prozent der befragten weiblichen Singles angeben, eine feste Partnerschaft haben zu wollen. (Bei den befragten Männern waren es 43 Prozent.) Und jene Frauen, die eigene Kinder mit in ihre Lebensplanung einbeziehen, schieben die Realisierung dieses Wunsches auf eine Zeit jenseits des dreißigsten Lebensjahres hinaus, mit der

Folge, dass die Wahrscheinlichkeit, mehrere Kinder zu gebären, sinkt.

Aber auch der Mann ist bezogen auf Familiengründung – statistisch gesehen – ein „Spätberufener“, der nach altem Lebensmuster sein berufliches Leitbild zu realisieren trachtet, welches ihm ein Leben mit größtmöglichen individuellen Freiheitsräumen und Unabhängigkeit gestattet. Sein emanzipiertes Pendant und er sind so sehr im „Hier und Jetzt“ verhaftet, dass eine auf Zukunft hin gerichtete eheliche Bindung mit Kindern nur stören würde. Da in der Regel weder Elternhaus noch die Gesellschaft aus der Angst heraus, sich einzumischen, junge Paare ermuntert, zu heiraten und Kinder in die Welt zu setzen, verwundert es nicht, wenn dieses Lebensmuster massenhaft gelebt wird und Deutschland – nicht etwa aus finanziellen Gründen oder fehlender Vereinbarkeit von Beruf und Familie – kinderarm bleibt.

Das heißt, die Politik steht vier neuen Phänomenen, die entscheidende Determinanten der Bevölkerungsentwicklung sind, gegenüber:

erstens: der wachsenden Gruppe von Frauen und Männern, die sich definitiv gegen Kinder aussprechen;

zweitens: der wachsenden Gruppe von Spätgebärenden;

drittens: Auflösungserscheinungen der Familie (jährlich 200 000 Scheidungen, sprunghafte Zunahme von unehelichen Kindern und eine Million allein Erziehende sprechen eine deutliche Sprache);

viertens: der Abnahme der Geburtenzahl steht eine kontinuierliche Zunahme der Abtreibungen gegenüber; ihre Zahl beläuft sich auf mehr als 135 000 jährlich.

Die Geschichte wiederholt sich doch!

Diese Entwicklung ist nicht neu. Und auch wenn die Geburtenzahlen für das Jahr 2001 mit rund 750 000 bestätigen, dass sich Deutschland im 29. Jahr des Ge-

burtenrückgangs befindet, wird dies keine Partei zum Anlass nehmen, das als „dramatisch“ zu apostrophieren. Denn die Angst der Parteien, bereits gewonnene Freiheitsräume der Bürger im Blick auf ausbleibende Geburten relativieren zu müssen, hat sie alle bisher davon abgehalten, das Phänomen der Armut an Kindern grundsätzlich zu thematisieren. Selbst die simple Feststellung, dass der anhaltende Geburtenschwund unser Sozialversicherungssystem gefährdet, ist kaum zu vernehmen. Und der tief sitzende historisch begründete, aber in unserer Lage nicht mehr zu rechtfertigende Vorbehalt gegenüber einer aktiven Familienpolitik verhindert immer noch die Frage, ob es nicht um der Vitalität und des Bestandes einer Kulturnation willen förderlicher sei, sich aus sich selbst zu generieren, anstatt durch höhere Zuwanderung zwangsläufig zu einer keineswegs erfolgreich integrierten, sondern eher konfliktiven multikulturellen Gesellschaft zu mutieren. Ganz im Duktus spät-römischer Potentaten, die dem Volk Brot und Spiele verordneten, verfahren die heutigen Volksvertreter, die jede Besinnung auf eine wertbezogene Familienpolitik als einen Rückfall ins Mittelalter abtun. So negieren sie die demografischen Zahlen und setzen auf ein „Weiter so!“ in der Anspruchskultur. Aber auch die römische Republik hat die innere Ausblutung durch Kinderarmut nicht durch finanzielle Anreize aufhalten können.

Auf jeden Fall hilft die trotzige Feststellung nicht weiter, dass einer demoskopischen Umfrage zufolge sich 80 Prozent der jungen Erwachsenen für Familie aussprechen. Das Ergebnis überrascht überhaupt nicht, zumal der Begriff „Familie“ abstrakt und positiv konnotiert ist. Der konkretere Begriff „Kindererziehung“ würde sicherlich einen geringeren Akzeptanzwert aufweisen und Reaktionen auf ihn damit besser die derzeitige Situation der Familie widerspiegeln.

Die viel wichtigere Frage ist: „Welche Einschränkung in Ihrem Leben sind Sie bereit, für den Aufbau einer eigenen Familie hinzunehmen?“. Hätte die Elterngeneration und mit ihr die Politik das Thema Nachwuchs nicht tabuisiert, würde sie diesen jungen karriereorientierten Kinderlosen das Szenario ihres Alters vor Augen führen, nämlich ohne Familienanbindung von denjenigen Fremden versorgt und gepflegt zu werden, die einstmal Kinder ihrer familienorientierten Zeitgenossen waren. So aber entsteht weder eine Relativierung des verabsolvierten Karrieredenkens noch ein Leidensdruck im Blick auf das Seniorenalter. Spätestens im Alter werden sich viele der dann vereinsamten Sympathisanten des Christopher Street Day und der Love Parade über die verflossene Karriere unterhalten können.

Zu bedauern ist die Vielzahl der Single-Eltern, die keine Enkel bekommen, als Großeltern nicht gefragt sind und mit ansehen müssen, wie mit ihren Kindern ihre Familientradition abrupt zu Ende geht. Aber aus Furcht, die Gunst des eigenen Kindes zu verlieren, sprechen sie lieber über das Auto oder die Ferien als über Enkel, denn darüber zu sprechen gehört zu den neuen Tabus unserer kinderfeindlichen Gesellschaft. Somit ist keine Verhaltensänderung zu erwarten.

Erinnern wir uns an die siebziger, achtziger und neunziger Jahre, als die Wissenschaft der westlichen Hemisphäre den bevorstehenden ökologischen GAU prophezeite und damit einen spürbaren Leidensdruck erzeugte, der heute umweltverträgliches Verhalten und Nachhaltigkeit zur Norm machte. Warum gehen die politisch Verantwortlichen nicht ernsthaft der Frage nach, wieso sich der *Homo sapiens* vom Prinzip der Nachhaltigkeit ausschließt und größte Anstrengungen unternimmt, um Krötenkulturen zu retten, aber in Lethargie und Sprachlosigkeit verfällt, wenn es um tausendfache Liqui-

dierung seiner eigenen ungeborenen Spezies geht?

Mit den Maximen der Spaßgesellschaft unvereinbar

Es soll hier nicht die Notwendigkeit eines qualitativ verbesserten und flexibleren Betreuungsangebotes und einer besseren finanziellen Ausstattung von Familien bestritten werden. Aber stillschweigend auf eine kindergenerierende Wirkung dieser Zauberformel zu vertrauen ist reichlich naiv und im Bereich des Wunschdenkens angesiedelt. Denn es fehlt in Deutschland eine Kultur des Lebens, die der Ehe, Familie und Kindern den Vorrang vor individueller beruflicher Selbstentfaltung, Karriere, optimaler Freizeitgestaltung und hoher Mobilität einräumt. Im festen Blick auf die Mehrheiten haben unsere Parteien verlernt, die Familie als den Ort individueller Glückserfüllung, aber auch von Verantwortung, Treue, Rücksichtnahme und Verzichtenkönnen darzustellen und dafür werbend einzutreten. Gemäß der Devise der Spaßgesellschaft soll Familie vor allem Spaß machen, und alles soll möglich sein.

Von Einschränkung zugunsten eines höheren Ziels oder Unvereinbarkeiten oder gar der Gefahr, dass das Kind Opfer der Selbstverwirklichungsansprüche der Eltern werden könnte, spricht niemand. Auch nicht davon, dass dieses DDR-erprobte Familienmodell, das schon damals keine Bestandsgarantie kannte und das man besser das Familienentkernungsmodell nennen sollte, auch in unseren Tagen die Scheidungsrate in die Höhe treiben wird. Oder anders gefragt: Warum weisen die neuen Bundesländer mit der höchsten Kinderbetreuungsdichte die geringsten Geburtenzahlen und einen Fünfzig-Prozent-Anteil an unehelichen Kindern auf? Und warum versäumen es die Politiker, die qualitative Unterscheidung von elterlicher Erziehung und externer Betreuung vorzunehmen? Dessen unge-

achtet wird Bundesfamilienministerin Bergmann, die sich mehr denn je als Frauенpolitikerin begreift, nicht müde, massenhaftes externes Dauerparken von Kindern in den so genannten „Horten“ und „Krippen“ von Geburt an bei gleichzeitiger beruflicher Selbstentfaltung der Väter und Mütter als den Königsweg für ein familienfreundliches Deutschland zu lobpreisen.

Was veranlasst sie zur Annahme, dass vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen die Geburtenrate ansteigen lässt? Darüber hinaus steht sie mit der beabsichtigten zunehmenden Verstaatlichung von Erziehung im Widerspruch zum Grundgesetz, wo es heißt, dass die „Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht sind“. Dass Bergmann die beruflich tätige Mutter steuerlich privilegiert, versteht sich von selbst. Mütter, die aus Liebe zu ihren kleinen Kindern zu Hause bleiben, werden in der Regel belächelt. Das Wort von der antiquierten Mutterideologie macht die Runde.

Und schon klebt die kondomverliebte Regierung, die bisher den kondomgeschützten Seitensprung in Großplakatformat in zigtausendfacher Ausführung angepriesen hat, neue familienidyllische Plakate, gerade so, als sei die Keimzelle unserer Gesellschaft mittels eines Werbegags wiederherstellbar.

Selbst der Kanzlerherausforderer Stoiber, der noch vor anderthalb Jahren von der Notwendigkeit einer „aktiven Familienpolitik“ gesprochen hat, formuliert seine familienpolitischen Ziele nicht mehr mit gleichem Elan. Obwohl er wie wenige Politiker sonst für Ehe, Familie und Kinder steht, sprach er sich dafür aus, dass die Einführung des Familiengeldes von 600 Euro pro Kind nur etappenweise erfolgen soll. Immerhin bedeutet die Einführung des Familiengeldes ein Stück Wahlfreiheit für Vater oder Mutter, sich

für Berufs- oder Erziehungsarbeit entscheiden zu können.

Eine normative Politik ist gefragt

Irland mit der höchsten Geburtenrate Europas, nämlich 2,0 Kinder pro Frau, ist der Beweis, dass andere Faktoren als die optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie für eine höhere Geburtenrate verantwortlich sind. Sicher ist, dass die Wertegebundenheit, die kirchliche Bindung, das Festhalten an der lebenslangen Dauer der Ehe sowie an der Unverfügbarkeit des ungeborenen menschlichen Lebens ein für die Entstehung neuen menschlichen Lebens günstigeres Klima darstellt.

Eine Gesellschaft wie die unsrige, die nicht mehr – wie dies Nietzsche formulierte – „den Pfeil ihrer Sehnsucht übersich hinausschießen will“, die sich an die tödliche Verfügbarkeit des werdenden menschlichen Lebens gewöhnt hat und widerspruchslos offizielle 135 000 Abtreibungen akzeptiert, für die Ehescheidung den Rang eines vorübergehenden Schnupfens einnimmt, die die Existenz von mehr als einer Million allein Erziehenden als Folge von gescheiterten Beziehungen nicht mehr als defizitär empfindet, die jährlich knapp 150 000 Scheidungskinder einem emotionalen Super-GAU aussetzt und deren Familienministerin die Familie als den Ort definiert, „wo es einen gemeinsamen Kühlschrank gibt“, bedarf wahrhaftig eines tief greifenden Wertewandels und nicht einer Zauberformel, die sich schon bald als eine Leerformel erweisen wird. Denn Kinder vermitteln Sinn und Erfüllung. Wo sie gewollt fehlen, geht ein Stück Humanität verloren. Wo sie in Massen fehlen, geht die Gesellschaft zugrunde.

Was ist zu tun?

Erstens: Die politischen Parteien werden mit Blick auf den ungebremsten Abwärts-trend der Geburtenzahlen nicht umhin können, eine Bevölkerungspolitik zu for-

mulieren, die auf „Nachhaltigkeit“, das heißt auf ein deutliches Ansteigen der Geburten angelegt ist. Voraussetzung dafür aber ist die Schaffung eines kinderfreundlichen Klimas in Deutschland. Doch solche Einstellungsveränderungen werden nicht *en passant* erzeugt, sondern bedürfen einer neuen, für alle sichtbaren und glaubwürdigen Aufbruchstimmung der Politik selbst, die endlich aufhören sollte, von der Gleichwertigkeit der Lebensstile zu reden, und stattdessen den Wert von Ehe und Familie für unsere Gesellschaft durch konkrete Förderung unterstreichen sollte. Was Deutschland braucht, ist eine Abkehr von der „Wie es euch gefällt“-Politik hin zu einer zukunftsorientierten Politik.

Zweitens: Vor allem muss sich Politik von der Vorstellung lösen, Familienpolitik sei zuallererst Frauenpolitik, das heißt, Familie muss von der Warte aller Familienmitglieder betrachtet werden. Männer müssen als Ansprechpartner für zukünftige Familien erst wieder entdeckt und umworben werden. Kinder sollten nicht als Verfügungsmasse der Selbstverwirklichungsanprüche von Erwachsenen betrachtet werden. Dazu gehört die Erkenntnis, dass Kleinstkinder bis zum Alter zwischen zwei und drei Jahren auf die Nähe von Bezugspersonen angewiesen sind, was in der Konsequenz dazu führen muss, in der Regel auf ganztägige Betreuung in Kindergärten zu verzichten. Das heißt Flexibilisierung des Betreuungsangebotes – ja; institutionalisierte, flächendeckende Ganztagskinderhorte – nein. Und Tagesmütter sind höher zu bewerten als externe Betreuungseinrichtungen.

Drittens: Ein für die Familien wichtiges Signal könnte von der Neubesetzung des Familienministeriums durch einen Mann ausgehen, und zwar nicht im Sinne eines

Revancheouls, sondern als sichtbares Zeichen dafür, dass Männer für Familie Verantwortung übernehmen sollten. Auch ein eigenständiges Ministerium, das nicht Appendix von anderen Ressorts ist, würde die herausragende Bedeutung der Familie für die Politik unterstreichen.

Viertens: Ein weiterer wichtiger Impuls für die Wertschätzung familiärer Belange könnte von der Einführung eines Familienvwahlrechtes ausgehen, das den Eltern eine Stimme mehr je Kind einräumt.

Fünftens: Warum sollte Schule nicht über Sexualkunde hinaus über den Wert und die Sinnhaftigkeit von Kindern und Familie für das Individuum und die Gesellschaft sprechen?

Sechstens: Im Dialog mit der Wirtschaft könnten die Parteien familienfreundliche Impulse anregen, die die Zielgruppe der Familien begünstigen. Warum soll der Hersteller von Familienwans Autokäfern nicht Familienrabatte gewähren, wenn die Zahl der Kinder mehr als drei beträgt?

Siebtens: Warum sollten nicht Familien, die eine Ausstellung, das Schwimmbad, das Museum besuchen, nicht ab dem dritten Kind einen Gratiseintritt zugesprochen bekommen? Der finanzielle Aufwand für die Betreiber ist gering, die symbolische Wirkung für die betreffenden Familien, nämlich erwünscht zu sein, darf nicht unterschätzt werden.

Achtens: Was mit Mut und Engagement alles für ein familienfreundliches Klima erreicht werden kann, beweist der Bürgermeister der 976-Seelen-Gemeinde Tiftlingerode bei Göttingen, Gerd Goebel, der im Konzert mit der Wirtschaft und der Kommune alle nur denkbaren Vergünstigungen und Geschenke für frisch gebackene Familien anbietet. Und das mit Erfolg. Solche Beispiele sollten Schule machen!